

Grünwalds Route in die CO₂-Freiheit

Noch mehr Anreize: Gemeinderat beschließt großes Maßnahmenpaket zum Umweltschutz

VON MARC OLIVER SCHREIB

Grünwald – Grünwald hat sich ein Förderprogramm Umweltschutz gestiftet. Ein Energiesparprogramm gab es bereits. Die Grünen-Fraktion hatte den Antrag gestellt, ein breit aufgestelltes kommunales Förderprogramm zum Umweltschutz aufzulegen. Für das Jahr 2020 werden Haushaltsmittel in Höhe von 250 000 Euro bereitgestellt. Das Ausmaß der Verwaltungs- und Personalkosten ist derzeit nicht kalkulierbar.

Ingrid Reinhart und Susanne Kruse (beide Grüne) wollen die Bewohner in Grünwald motivieren, CO₂ und Energie zu sparen. Das Umweltamt gab sich Mühe, den Antrag durch ein Maßnahmenpaket mitt Leben zu füllen. Reinhart: „Das hat das Umweltamt schön und in un-

serem Sinn ausgearbeitet.“

Der erste Vorschlag, Haushalte beim Umstieg auf Ökostrom mit 100 Euro pro Haushalt zu bezuschussen, wurde mit großer Mehrheit angenommen. Auch eine stärkere Förderung von Fotovoltaikanlagen sagte dem Gemein-

Geld für Ökostrom und Passivhäuser

derat zu. Sie werden künftig mit 400 Euro je Kilowattpeak (bis zehn kWp) unterstützt, die Anschaffung eines Batteriespeichers mit maximal 3000 Euro. Unstrittig war auch die finanzielle Hilfe beim Bau von Passivhäusern, die erhöht wird von 5000 Euro auf maximal 10 500 Euro – je nach Haustyp. Ein wichtiger Punkt für Ingrid Reinhart: „Die Anlagen auf dem

Dach machen Strom und machen uns unabhängig.“ Am Ende einigte man sich auch darauf, begrünte Flachdächer zu fördern.

Eine Umweltprämie für Haushaltsgeräte in Höhe von 80 Euro wurde mit knapper Mehrheit beschlossen. Alexander Steininger (CSU) sah es kritisch. Er hält den bürokratischen Aufwand für gigantisch. „Ist das der Weinkühlschrank, der in der Garage steht und ausgetauscht wird? Kontrolliert das jemand von der Verwaltung?“ Oliver Schmidt (PBG) stimmte ihm voll zu. Die Punkte seien nicht von kommunaler Bedeutung und gehören im klassischen Sinne nicht in den Bereich, den eine Gemeinde zu erfüllen hat. „Derartige Fördermaßnahmen kennen wir aus der Förderung von Bund und Land.“

Schmidt verwies auf ein bestehendes Energiesparförderprogramm der Gemeinde. Eine Berechtigung für einen solchen Eingriff sieht der PBG-Politiker bei Bauprojekten, wenn eine energetische Optimierung angestrebt wird. Aber bei Haushaltsgerä-

Umweltprämie für Stromfresser

ten nicht. Wolfgang Kuny (CSU) hat auch Vorbehalte: „Diese 80 Euro pro Gerät wird niemanden veranlassen, sein Altgerät auszutauschen. Er wird das Geld mitnehmen, wenn er es ohnehin austauschen will.“

Das glaubt Edith Wassermann (SPD) nicht. Für sie geht es aber darum, die Stromfresser wegzubekommen. Michael Ritz (FDP) zeig-

te sich überrascht, dass einige CSU-Gemeinderäte den Antrag nicht unterstützen. Schließlich sei es Teil des eigenen CSU-Parteiprogramms: „Klima schützen – Konjunktur stützen.“ Ritz hält die Vorschläge der Grünen-Fraktion für eine fantastisch gute Idee. Gerhard Sedlmair (CSU) erwiderte unmissverständlich: „Ja Herr Ritz, wenn Sie alles übernehmen, was die Großen ihnen sagen, ist das Ihre Sache. Wir machen das nicht. Auch wenn CSU draufsteht, wir sind im Gemeinderat und dürfen das ausdiskutieren.“

Keine Einigung kam bei der Diskussion um die Förderung von Lastenrädern zustande. Es sollten nach Vorschlag der Verwaltung Pedelecs mit Anhänger gefördert werden. Tobias Brauner (PBG) hatte dabei Bauchschmerzen. Nach seiner Ansicht fördert die Ge-

meinde dadurch das Konsumverhalten der Bürger. Da könne gerne die Bundesregierung machen. „Da gibt es genug schwachsinnige Förderungen.“ Vor allem der Vorschlag des Umweltamts, einen Abwrackbonus zu bezahlen für alte Autos und Mofas, stieß auf Widerstand. Christine Paeschke (CSU): „Das stört mich allermeisten. Das nimmt ja ungeheure Ausmaße an.“ Ingrid Reinhart schlug zur Güte vor, bei anderen Gemeinden nachzufragen, die den Fahrradkauf bereits fördern.

Der Punkt wurde auf die Januarsitzung verschoben. Ganz gestrichen hat der Gemeinderat die Förderung von Artenschutz an Gebäuden. Schließlich, so Alexander Steininger, betreiben das Gartenbesitzer, die es befürworten, sowieso.